



Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: Erstelldatum: Aktenzeichen:	003/0017/2019 öffentlich 21.06.2019 Dr. M. /Ha.
Kostenlose Ausgabe eines Umweltfahrausweises bei freiwilliger Rückgabe der Fahrerlaubnis		
Referat für Recht, Umwelt und Personal Verfasser: Mitko, Bernhard		
Beratungsfolge	09.07.2019	Verkehrsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Amberg gewährt jedem Bürger, der freiwillig auf seine Fahrerlaubnis verzichtet, einmalig einen „Umweltfahrausweis jedermann - nicht übertragbar für eine Wabe im Tarifgebiet des TON“. Nicht darunter fallen Bürger, denen die Fahrerlaubnis aufgrund feststehender mangelnder Eignung (Drogen, Alkohol, Erreichen der Höchstpunktzahl etc.) entzogen werden muss und die auf ihre Fahrerlaubnis nur deswegen freiwillig verzichten, um sich die Kosten für das Verwaltungsverfahren zu ersparen.
2. Die Gewährung steht unter dem Vorbehalt vorhandener Haushaltsmittel.
3. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 1.500 Euro jährlich sind zu den Haushaltsberatungen anzumelden.

Sachstandsbericht:

Seitens der Führerscheinstelle im Straßenverkehrsamt wird berichtet, dass es immer wieder Fälle gibt, bei denen Anlass besteht, die Fahreignung in Frage zu stellen. Dabei handelt es sich zumeist um ältere Verkehrsteilnehmer, deren Angehörige (meist Kinder) bei der Führerscheinstelle vorsprechen und bitten, dem Verwandten (meist Elternteil) den Führerschein zu entziehen, da diese(r) aus den verschiedensten Gründen nicht mehr in der Lage sei, ein Kraftfahrzeug sicher im Straßenverkehr zu führen.

Dies führt im Regelfall zu langwierigen Verfahren mit nicht unerheblichem Zeitaufwand für das Personal, da die Führerscheinstelle in solchen Fällen ohne Vorliegen konkreter Tatsachen keine rechtliche Handhabe hat, entsprechende Gutachten anzufordern. Um für diesen Personenkreis, der meist wenig Einsicht für eine freiwillige Abgabe des Führerscheins zeigt, einen Anreiz zu schaffen, auf die Fahrerlaubnis freiwillig zu verzichten, wäre das Anbieten eines kostenlosen ganzjährig nutzbaren Bustickets, das mit einer Tarifwabe das gesamte Stadtgebiet abdeckt, ein evtl. „Lockmittel“, der „drohenden“ Immobilität durch Verlust der Fahrerlaubnis entgegenzuwirken.

Die Stadt Amberg würde somit einen Anreiz schaffen, der den Umstieg auf den ÖPNV erleichtert. Der Umweltfahrausweis ist ein ganzjährig nutzbares Busticket, das mit der einer Tarifwabe das gesamte Stadtgebiet Amberg abdeckt. In der nicht übertragbaren Variante kostet er jährlich 427,50 Euro. Derzeit verhandeln ZNAS und Stadt Amberg über die Einführung eines sog. „365 Euro – Tickets“. Der ZNAS hat sein Angebot bereits beschlossen. Wenn die Stadt Amberg im Rahmen der Haushaltsberatungen den geforderten Kostenersatz dafür beschließt, würden sich die entsprechenden Kosten auf die genannten 365 Euro pro Fall reduzieren. Mit den im Beschlussvorschlag genannten Haushaltsmitteln könnten somit 4 vier Fälle pro Jahr abgedeckt und einige Autofahrer zum regelmäßigen Nutzer des ÖPNV gemacht werden.

.....
(Unterschrift Referatsleiter)

Personelle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen:

Alternativen:

Anlagen:

Beschluß

09.07.2019
SI/VK/51/19

Verkehrsausschuss

1. Die Stadt Amberg gewährt jedem Bürger, der freiwillig auf seine Fahrerlaubnis verzichtet, einmalig einen „Umweltfahrausweis jedermann - nicht übertragbar für eine Wabe im Tarifgebiet des TON“. Nicht darunter fallen Bürger, denen die Fahrerlaubnis aufgrund feststehender mangelnder Eignung (Drogen, Alkohol, Erreichen der Höchstpunktzahl etc.) entzogen werden muss und die auf ihre Fahrerlaubnis nur deswegen freiwillig verzichten, um sich die Kosten für das Verwaltungsverfahren zu ersparen.
2. Die Gewährung steht unter dem Vorbehalt vorhandener Haushaltsmittel.
3. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 1.500 Euro jährlich sind zu den Haushaltsberatungen anzumelden.

Protokollnotiz:

Herr Stadtrat Seibert fragte wegen des Nutzerkreises nach. Es gebe ja noch andere Gründe als Altersgründe, die einem zur mehr oder weniger freiwilligen Aufgabe des Führerscheins zwingen, z.B. bei Vorliegen von Herzkrankheiten etc. Außerdem wollte er wissen, ob dieses Ticket nur ein Jahr gelte. Herr Dr. Mitko beantwortete die Frage dahingehend, dass das Ticket nur 1 Jahr gelte, da man dem Betroffenen zeigen wolle, dass es eine gute Alternative zum Auto gebe. Danach hoffe man, dass der Betroffene das Ticket weiter nutze. Ansonsten sei die Formulierung im Beschlussvorschlag schon einschränkend gemacht worden. Bürger, denen die Fahrerlaubnis aufgrund feststehender mangelnder Eignung entzogen werden müsse, würden nicht in den Genuss dieses Tickets kommen, sondern nur solche, bei denen dies noch nicht objektiv festgestellt wurde und bei denen noch die Möglichkeit zur freiwilligen Abgabe bestehe. Bürgern, bei denen es schon feststehe, dass die Fahrerlaubnis entzogen werden müsse, und die diese nur deshalb abgeben, um sich die Kosten für den Bescheid zu sparen, sollen dagegen nicht in den Genuss dieses Tickets kommen.

Herr Stadtrat Amann fragte, ob es Erkenntnisse gäbe, wie viele Führerscheine in etwa pro Jahr freiwillig abgegeben werden. Herr Gräml beantwortete die Frage mit „in etwa 2 -5“. Weiterhin fragte Herr Amann, was man sich davon erwarte, wenn dem Betroffenen das Ticket bezahlt werde und ob man das nicht dauerhaft machen könne. Schließlich würden die meisten Leute ihren Führerschein erst im hohen Alter freiwillig abgeben. Herr Dr. Mitko sagte, dass sich das Ganze erst in einigen Jahren auf einen gewissen Erfahrungswert einpendeln werde. Außerdem stelle sich die Frage, wieviel das Ganze der Stadt bzw. dem Verkehrsausschuss wert sei, da dies unter die Haushaltshoheit des Stadtrates falle. Die Verwaltung sehe dies ziemlich „schmerzfrei“.

Herr Stadtrat Natter bemerkte, dass es grundsätzlich günstiger sei, mit dem ÖPNV zu fahren als mit dem Auto, wenn man alle Kosten, die damit verbunden sind, zusammenzähle. Er finde es eine gute Idee, den Einstieg hier zu machen und plädiere dafür, erst mal mit dem Einstieg für 1 Jahr Erfahrungen damit zu sammeln. Die Entscheidung, ob dies auf einen längeren Zeitraum ausgedehnt werden solle, halte er zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht. Es solle erst mal abgewartet werden, ob dadurch der Anreiz, seinen Führerschein freiwillig zurückzugeben, erhöht werde, wenn man dies publik mache. Dann könne man in ein paar Jahren darüber nachdenken, den Gratiszeitraum zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0

